

Liebe Sr. Eva_Maria, meine sehr geehrten Damen und Herren, Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung, heute Vormittag, am letzten Tag Ihrer Jahresversammlung, mit Ihnen über ein Thema sprechen zu können, das mir – und wie ich der Einladung entnehme – auch Ihnen sehr am Herzen liegt: Europa und seine gegenwärtige Verfassung, die wir mit Fug und Recht «kritisch» nennen dürfen.

Im Vorfeld dieses Treffens und meines Beitrags habe ich lange überlegt, was sie erwarten könnten: einen bis in alle Punkt und Kommas ausgefeilten Vortrag, mit These und Gegenthese und schließlich einer conclusio? Ich weiss nicht, ob ich damit einem dynamischen Prozess, wie ihn Europa einerseits und Bildung andererseits darstellt, gerecht werden könnte. Beide, Bildung wie Europa befinden sich im Umbruch, und daher in der Krise, in der Situation der Läuterung und der Entscheidung.

Daher scheint mir für unser Gespräch eine andere literarische Form viel angemessener, nämlich die des Essays¹ – im wahrsten Sinn des Wortes der Versuch, die derzeitige Situation zu erfassen und zu skizzieren, ohne den Anspruch auf end-gültige Aussagen. Damit ist dieser Beitrag ein Impuls, der erste Teil eines Gesprächs, in dem wir gemeinsam versuchen sollten, die Situation, in der sich Europa - und damit wir alle - befinden, zu verstehen um danach ebenso gemeinsam Markierungspunkte für einen möglichen Ausweg zu setzen. In seinen bisher vier Reden zu Europa nennt Papst Franziskus den Dialog immer als jene Methode, die notwendig sei, um einen Ausweg für Europa zu finden.² Europa sei ein Lernprozess, den wir nur gemeinsam angehen und vorantreiben können. In diesem Sinn freue ich mich auf die kommenden Stunden und den Austausch mit ihnen.

Ich werde meine Überlegungen in drei Teile gliedern:

Zuerst eine Beschreibung der Krise, in der sich m.E. Europa derzeit befindet;

danach der Versuch, einige tieferliegende Entwicklungen, die mit dieser Krise verbunden sind und die sie sowohl verursachen wie von ihr verursacht und verstärkt wurden, zu benennen;

um drittens zu überlegen, warum m.E. Bildung der Schlüssel sein könnte, mit dem wir die Türe zum Ausweg aus der derzeitigen Verfassung Europas öffnen könnten.

Gleichzeitig bin ich mir der Tatsache bewusst, dass es eine Sache ist, über Bildung nachzudenken und zu reden, und eine andere, ungleich schwierigere, diese Ideen in konkreten

¹ Ich lehne mich an den Entwurf einer «performativen politischen Theologie» von Martin Kirschner an, die «nicht auf die normative Grundlegung einer politischen Ordnung zielt, sondern auf die Ausbildung und Stärkung einer politischen Kultur, die Zusammenhalt, und Solidarität, Verständigungs- und Versöhnungsprozesse ermöglicht, in denen sich eine solche Ordnung konstituieren, erneuern bzw. erhalten kann». In diesem Sinn heißt essayistisch «entwerfend und tentativ arbeiten an den Vorbedingungen».

² Papst Franziskus entwirft keine «theologisch grundlegende Ordnungsgestalt für Europa» (Kirschner 2018, 57). Sein Beitrag ist eher eine «Verständigung über eine gemeinsame Praxis für Europa, die inhaltlich noch gefüllt werden muss, jedoch an zwei Orientierungspunkten ausgerichtet ist: An der Barmherzigkeit Gottes und an der Hinwendung zu den Mitmenschen, besonders den Notleidenden und Ausgeschlossenen als Bewährungsfeld religiöser wie politischer Praxis.» (ebd.)

Prozessen im Alltag der Bildungsinstitutionen umzusetzen. Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir leider keine andere Möglichkeit haben, wenn Europa und das ihm zugrunde liegende Prinzip eines «europäischen Humanismus» überleben und an die kommenden Generationen weitergegeben werden sollen. Dafür haben Sie, so meine ich, das geeignete Mittel in der Hand: ihre Schulen.

«Krise» als Schlagzeile

Bei der Vorbereitung meines Beitrags sind mir immer wieder Schlagzeilen und Schlagwörter durch den Kopf gegangen, mit denen in den vergangenen Jahren versucht wurde, das Außergewöhnliche und Besondere der gegenwärtigen Situation Europas in Worte zu fassen.

So titelte etwa die Hamburger «Die Zeit» ihre Neujahrsausgabe 2016 mit der Überschrift «So viel Jahr war noch nie» – und meinte damit den Rückblick auf ein politisch wie wirtschaftlich turbulentes Jahr, das schließlich von den Ereignissen des Herbstes 2015 und den Flüchtlingen dominiert wurde.

Etwas mehr als ein halbes Jahr später kam Jean-Claude Juncker in seiner «State-of-the-Union», in der er die politischen Ereignisse des laufenden Jahres kommentierte und die Vorhaben der Europäischen Kommission für das Jahr 2017 ankündigte, zu der Schlussfolgerung: «*Unsere Europäische Union befindet sich - zumindest teilweise - in einer existenziellen Krise ... Nie zuvor habe ich soviel Spaltung und so wenig Gemeinsinn in unserer Union gesehen*». Diese Einschätzung wurde, mit weitgehenden Konsequenzen, von seinem Vizepräsidenten Frans Timmermans in einem Interview mit der niederländischen Wochenzeitung «De Tijd» geteilt: «Es besteht die realistische Möglichkeit, dass das Europäische Projekt scheitert».

Am Ende des vergangenen Jahres schließlich lag der Ausgabe der zweimal jährlich erscheinenden Europäischen Revue «Transit» ein Brief des Herausgebers und des Verlages bei, in dem angekündigt wurde, dass mit dieser - fünfzigsten - Ausgabe die Zeitschrift nach etwas mehr als 27 Jahren eingestellt würde. Die Gründe dafür waren einerseits die Pensionierung des bisherigen Herausgebers Klaus Nellen und andererseits die Feststellung, dass wir in Europa vor einem tiefgreifenden Wandel stünden, der so ganz anders orientiert sei als der Aufbruch 1990, nämlich rückwärtsgewandt.

In seinem letzten Editorial zitiert Klaus Nellen dann den im Jahr 2010 verstorbenen britisch-amerikanischen Historiker Tony Judt: «Europa tritt in vieler Hinsicht in eine Epoche der Unruhe, eine Zeit großer Schwierigkeiten und Wirren ein. (...) Für den alten Kontinent ist das natürlich nichts Neues, aber für die meisten derzeit Lebenden wird es überraschend kommen und eine unangenehme Erfahrung sein.»³

³ Tony Judt zitiert nach dem Editorial von Klaus Nellen, in: Transit 50 (2017), S. 5

Und in seinem Beitrag in ebendieser Ausgabe spricht der britische Historiker Timothy Garton-Ash schließlich vom Abschluss eines Zeitalters, dem «Ende der Nachmauerzeit, des ‹Post-1989-Zeitalters›».

Es sind diese Feststellungen: «existenzielle Krise», «realistische Möglichkeit des Scheiterns» und «das Ende eines Zeitalters», die mich sehr nachdenklich machen (im eigentlichen Sinn des Wortes «einer Zeit nach-denkend»: was hat diese Zeit mit mir gemacht und was haben wir in dieser Zeit gemacht, unterlassen, erhofft, erwartet oder aber befürchtet?).

Eine Zeit der Umbrüche und Umwälzungen, der Neuordnung und der Versuche, Europa neu zusammenzufügen, geht zu Ende, aber: diese Zeit endet nicht in einer neuen Ordnung, sondern in einer existenziellen Krise. Das wirft sofort eine Frage auf: Ist «in einer Krise enden» denn möglich? Ist eine Krise üblicherweise nicht ein Zeichen dafür, dass ein Zeitabschnitt eben noch nicht zu Ende geht, sondern nur in einer neuen Phase eingetreten ist, in der es darum geht, dass sich die Dinge weiter klären, bis sich schließlich die Nebel ein wenig heben und wirklich etwas Neues oder das Neue sichtbar wird? Das wären bereits Fragen, die ich in der weiteren Folge unseres Treffens gerne diskutieren würde.

«Europa ‹krisengewohnt›»

Mit Krisen haben Europa, die Europäische Union und das europäische Integrationsprojekt ja ausreichend Erfahrung. Robert Schumans Projekt vom Mai 1950 war die Antwort auf die wohl existenziellste Krise des Kontinents: der Erfahrung eines fast sechsjährigen Vernichtungskrieges, der geplanten und industrialisierten Auslöschung von 6 Millionen Menschen durch die Shoa und die Spaltung des Kontinents in zwei ideologische Einflussbereiche: einen westlich–freiheitlichen und einen östlich–kommunistischen Teil.

Aber bereits dem ersten Schritt, der Gründung der Montanunion im Jahr 1951, folgte beim angedachten und schließlich von Frankreich abgelehnten zweiten Schritt einer militärischen Union eine Krise, die erst mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch die Römischen Verträge im März 1957 überwunden wurde. Dieser Krise sollten noch weitere folgen: von der Politik des leeren Stuhls durch de Gaulle in den 60-er Jahren; die Euro-Sklerose ab Mitte der 70-er Jahre, die erst durch die vorangetriebene Arbeit von Jacques Delors als Präsidenten der Europäischen Kommission am «einheitlichen Markt» ab 1985 und die Einheitliche Akte aus dem Jahr 1986 überwunden wurde; den erzwungenen Rücktritt der Kommission Santer im Sommer 1999; die Ablehnung des Verfassungsvertrags durch die Niederlande und Frankreich im Jahr 2005 und die schwierigen Verhandlungen, die letztlich zum Lissabon-Vertrag im Jahr 2007 führten.

Ein interessantes Detail ist übrigens die Art und Weise, wie die erste Krise der frühen 50-er Jahre gemeistert wurde: nach der Ablehnung der Verteidigungsgemeinschaft durch Frankreich wurde vorgeschlagen, dass sich die verhandelnden Politiker der damals sechs Mitgliedsstaaten am besten an etwas abgelegeneren Orten und unter Ausschluss der Öffentlichkeit treffen und so gegenseitiges Vertrauen aufbauen sollten. Bei Treffen in italienischen Villen und französischen Landhäusern, bei essen, trinken und Gesprächen über Philosophie, Literatur, aber natürlich auch

über Politik und Vorstellungen über eine zukünftige Form Europas wurde die zwischenmenschliche Grundlage geschaffen, die es ermöglichte, die Verträge von Rom auszuhandeln. Ob das gelungen wäre, wenn es damals bereits Smartphones, SMS, Whatsapp und Twitter gegeben hätte?

«Krisenaufzählung»

Die Krisen, die seit dem Herbst 2008 Europa und die Menschen in Europa beschäftigen (und beängstigen), sind hinlänglich bekannt: Der Vollständigkeit halber möchte ich sie trotzdem noch einmal erwähnen:

- Am Beispiel des «Pokers» um die Finanzierung des griechischen Staatshaushaltes, des drohenden Bankrott Griechenlands und der gesellschaftlichen Auswirkungen der auferlegten Sparpolitik wird die Verwundbarkeit unseres Wirtschafts- und Finanzmodells sichtbar.
- Der Konflikt in der Ukraine zeigt die Grenzen der EU-Außenpolitik, die vor allem auf «soft power» gegründet ist und der Notwendigkeit von «pre-emptive conflict prevention». Die von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland wirken sich auch auf die eigene Wirtschaft und das Wirtschaftswachstum der EU aus.
- Die zunehmende Terrorgefahr in Europa durch radikalisierte Muslime, oft Migranten der 3. Generation. Nach den Anschlägen in verschiedenen Städten Europas und schließlich durch die Ermordung des Priesters Jacques Hamel während einer Messe in seiner Kirche in Rouen erweckt für viele Menschen den Eindruck, dass wir uns wirklich «im Krieg befinden», wie der französische Präsident Hollande nach den unterschiedlichen Anschlägen in Frankreich (Charlie Hebdo, Bataclan e.a.) nicht müde wurde zu wiederholen, dass der Gegner nicht vereinzelte religiöse Fanatiker sind, sondern es schlechthin «der Islam» ist.
- Die massiven Wanderungsbewegungen von Migranten und Flüchtlingen, die auf unterschiedlichen Wegen in die EU zu kommen versuchen führt zu heftigen Diskussionen über «Abwehr» oder «Aufnahme», zu konkreter Hilfsbereitschaft und anhaltenden Protesten gegen Asylsuchende und Migranten.
- Ereignisse wie in der Silvesternacht vor drei Jahren in Köln machen die Schwierigkeiten pluraler Gesellschaften und Grenzen von Integration bewusst. Sie führen zu Stimmungsumschwung und wachsendem Misstrauen in der Bevölkerung sowie zur Ablehnung der anfänglichen «Willkommenspolitik».
- Das Ergebnis des Referendum in Großbritannien über den Austritt aus der EU im Juni 2016 ließ nicht nur Politiker ratlos zurück (die damit nicht gerechnet und keinen Plan vorbereitet hatten - und die bisher erfolglosen Verhandlungen zwischen der EU und der britischen Regierung über den «Scheidungsvertrag» zeigen das), sondern zeigt die unterschiedlichen Bruchlinien in den einzelnen Mitgliedsstaaten: zwischen den Generationen, zwischen sozialen Gruppen und Klassen, zwischen unterschiedlichen Regionen. Für die Europäische Union – bisher auf Erweiterung ausgerichtet – bedeutet diese bevorstehende «Schrumpfung» die Aufforderung zu einer grundlegenden Neuorientierung.

Gemeinsam ist all diesen Krisen, dass sie bisher ungelöst sind und nebeneinander weiterhin bestehen. Es ist diese Summe von «Einzelkrisen», die Menschen in Europa/in der Europäischen Union daran zweifeln lässt, ob denn das europäische Projekt gelingen kann oder nicht eher

scheitern wird. Genau das macht die existenzielle Krise Europas aus: Macht denn das Projekt überhaupt noch Sinn?

Die Europäische Union unter dem «Vergrößerungsglas» der Krise

Diese Ereignisse der letzten Jahre sind wie eine Lupe, unter der die Verwerfungen, Risse, Gräben und Abgründe in und zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, aber auch die globalen Umbrüche und Verschiebungen, aus denen Neues entsteht, sichtbar werden. Alte und bisherige Sicherheiten scheinen plötzlich wert- und gegenstandslos. Ihr Verschwinden löst Unsicherheit aus. Die Wahlerfolge von populistischen und nationalistischen Parteien in verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU – Frankreich, Deutschland, Österreich, Schweden, Polen, Großbritannien – sind ein deutliches Zeichen. Gleiches gilt für das Entstehen von Protestbewegungen wie Pegida in Deutschland oder das Konzept einer «illiberalen Demokratie», wie sie Viktor Orban für Ungarn und letztlich für ganz Europa vorschwebt.

Konstruktionsfehler im Bauwerk Europa

Unbarmherzig enthüllen die Krisen einige altbekannte Konstruktionsfehler im «Bauwerk Europäische Union», zu deren Behebung bisher aber der politische Wille fehlte.

Die wohl größte «Bausünde» ist das Fehlen eines festen politischen Fundaments für die Wirtschafts- und Währungsunion. Der Stabilitätspakt hat sich als zu schwach und wirkungslos erwiesen. Erst langsam setzt sich die Einsicht durch, dass eine europäische Währungsunion auch einer koordinierten europäischen Wirtschafts-, Finanz- und Budgetpolitik bedarf, wobei es weiterhin undeutlich bleibt, wie so unterschiedliche Volkswirtschaften wie die Deutschlands und Griechenlands unter einen Hut zu bekommen sind.

Mindestens ebenso fahrlässig war das jahrzehntelange Verzögern einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Nachdem die Europäische Kommission mit ihrem Plan für gemeinsame Asylstandards und -prozeduren am Veto der Mitgliedsstaaten gescheitert war, waren die Dublin-Abkommen im Vergleich zu den ursprünglichen Vorschlägen nur schwache Kompromisse. Siebürden die Lasten der Asylpolitik den Ländern an den EU-Aussengrenzen auf, eine Politik, die bei einigen tausend Flüchtlingen pro Jahr funktionieren mag, die aber unter dem massiven Andrang der letzten Jahre zusammenbrechen musste.

Nicht verstanden wird von vielen Menschen auch der scheinbar hartnäckige Glaube der EU-Institutionen an technische Lösungen. Macht es Sinn, auch weiterhin wie die Europäische Kommission gebetsmühlenartig von «Wachstum und Jobs» zu sprechen, wohl wissend, dass die «Industrielle Revolution 4.0», eine weitgehende Digitalisierung und Robotisierung der Arbeitswelt, viele, auch hochwertige, Arbeitsplätze überflüssig machen und schließlich wegrationalisieren wird?

Brüche zwischen West und Ost

Schmerzhaft deutlich wird der Riss zwischen den alten und den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wohl am deutlichsten durch die Aufkündigung der Solidarität durch die

«Visegradstaaten» anlässlich der Griechenlandkrise und der Ablehnung eines Mechanismus zur Verteilung der Flüchtlinge über die Mitgliedsstaaten. Vor allem jene Mitgliedsstaaten, die während des Kalten Krieges Flüchtlinge aus Ungarn (1956), aus der Tschechoslowakei (1968) und aus Polen (1981) aufgenommen hatten, konnten diese grundsätzliche Ablehnung von Flüchtlingen - mit dem Hinweis, selbst keine Muslime und daher auch keine passende Infrastruktur im Land zu haben – nicht verstehen. Hatte man die eigene Geschichte vergessen? Woher diese Undankbarkeit?

In einem kurzen prägnanten Essay benennt der bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev ⁴einige Gründe für diese verweigernde Solidarität, die er eher als «Konflikt von Solidaritäten» verstanden wissen möchte:

- Es ist das Gefühl, im Vergleich zu den alten Mitgliedsstaaten selbst unterprivilegiert und zu kurz gekommen zu sein. Das vorrangige Ziel der EU-Mitgliedschaft dieser Länder war und ist es, nach Jahren der Entbehrung denselben hohen Lebensstandard und Wohlstand zu erreichen.
- Das «demographische Defizit» – die Tatsache, dass viele junge Menschen die neuen Mitgliedsstaaten verlassen und wo anders Arbeit und Heimat gefunden haben – und die damit verbundene Angst, über kurz oder lang die «eigene nationale Identität» zu verlieren bzw. aus der Geschichte zu verschwinden.
- Die Ablehnung der Fremden ist auch das Ergebnis von Selbstgenügsamkeit und fehlender Neugier: im Gegensatz zu den Ländern Westeuropas war man nach innen und nicht nach außen gerichtet, und man war vierzig Jahre hinter dem Eisernen Vorhang eingesperrt. Die Integration in die Europäische Union unter den Bedingungen der (fast ausschließlich marktwirtschaftlich-liberal orientierten) Globalisierung überfordert die Menschen.
- Wohl grundlegend ist, dass es im Zug der Erweiterung nicht gelungen ist, die gemeinsame, aber nicht geteilte Geschichte der Staaten Europas zu thematisieren. Für viele neue Mitgliedsstaaten bleibt die Rückbesinnung auf die eigene Geschichte, die wiedergewonnene Selbständigkeit und die Rückversicherung der nationalen Unabhängigkeit und der durch die NATO gewährleistete Sicherheit vor militärischen Angriffen von größerer Bedeutung als die Zugehörigkeit zur (wirtschaftlich verstandenen) Europäischen Union. Das (Selbst-) Verständnis « Verlierer der Geschichte» zu sein ist noch immer in den Köpfen und beherrscht das Denken.

Dieser Riss ist nicht nur den neuen Mitgliedsstaaten anzulasten. Das Interesse der «alten EU» an den neuen Mitgliedern war oft ausschließlich wirtschaftlich geprägt und galt nicht den Menschen, sondern möglichen neuen Absatzmärkten. Die Freiheit des Personenverkehrs wurde als problematisch erfahren. Meist waren als (unterbezahlte) Arbeitskräfte willkommen in Berufen, in denen man keine geeigneten Fachkräfte mehr finden konnte. Gleichzeitig entstanden aber Ressentiments gegen den «polnischen Klemptner» und all diejenigen, die oft schneller und billiger arbeiteten als entsprechende Handwerker aus dem eigenen Land.

⁴ Ivan Krastev, Het ongemaak in Oost-Europa. In: Nexus 70, Tilburg 2015, S. 164-167.

So ist das Verhältnis der beiden Teile Europas von gegenseitigen Ressentiments und Vorwürfen geprägt, die den europäischen Integrationsprozess schwächen und das Finden von gemeinsamen Lösungen in wesentlichen Fragen – Asylpolitik, Finanzierung der Europäischen Union, Klimaschutzmassnahmen – erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen. Statt in globalen Herausforderungen gemeinsam aufzutreten und zu handeln, blockiert sich die Europäische Union zunehmend selbst.

Globale Umwälzungen und Paradigmenwechsel

All diese Krisen, das wird den Menschen zunehmend bewusst, sind nicht auf Europa beschränkt. Am deutlichsten wurde das im Herbst 2015, als zuerst Menschen in großer Zahl nach Europa flüchteten, um dem Krieg in Syrien und den unmenschlichen Bedingungen in den Flüchtlingslagern zu entgehen, nachdem die Vereinten Nationen durch fehlende finanzielle Mittel gezwungen waren, die Unterstützung der Flüchtlinge stark zu reduzieren.

Bald kamen aber nicht nur Menschen aus dem Nahen Osten, sondern auch aus Afghanistan und Pakistan, aus Westafrika und aus dem Horn von Afrika. Langsam begann es den Menschen in Europa zu dämmern, dass die Ursachen für Flucht und Auswanderung nicht nur kriegerische Gewalt und Verfolgung sein müssen, sondern ebenso Überbevölkerung, Armut, Folgen des Klimawandels wie Dürren oder Überschwemmungen und fehlende Lebenschancen.

So bringt die so genannte Flüchtlingskrise eine Reihe von Entwicklungen, die wir gerne ausblenden und höchstens aus den Augenwinkeln betrachten, zurück in den Mittelpunkt und fordert unsere Aufmerksamkeit:

- *das Wachstum der Weltbevölkerung, vor allem in Afrika;* - die Auswirkungen des Klimawandels, der vor allem durch langfristige Entwicklungen im Westen verursacht wurde;*
- *Wirtschaftliche, politische und soziale Verwerfungen in Afrika und anderen Teilen der Welt auch - wenn auch nicht ausschließlich – als Ergebnis europäischer kolonialer Politik*
- *die Wirkung von Sozialen Medien, die es ermöglichen, sich schnell einen Überblick darüber zu verschaffen, wo es lohnenswert wäre hinzugehen. Krastev: Revolution im 21. Jahrhundert bedeutet nicht den Wechsel einer Regierung in einem Land, sondern das Wechseln des Landes*
- *Technologische Entwicklung mit Blick auf Industrialisierung 4.0 . In etwa 15 Jahren werden weltweit 47 % der heute noch bekannten Arbeitsplätze von Automatisierung und Robotern eingenommen werden (Study Martin Oxford; Krastev).*

All diese Entwicklungen betreffen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass, alle Menschen. Sie stärken das diffuse Gefühl - ich habe es bereits zu Beginn genannt - an einer Epochenschwelle zu leben und Veränderungen unterworfen zu sein, die man selbst nicht mehr in der Hand hat und steuern kann. Es ist die Ahnung, dass etwas zu Ende geht; dass alte vertraute Muster und Sozialverbände – Volk, Staat, Nation, Identität, aber auch Arbeitsplatz oder Familie – ihre Bedeutung wechseln oder verschwinden, dass sich aber das Neue nur in Umrisen und schemenhaft zeigt. Obwohl (oder weil) es vielen Menschen besser geht als je zuvor, befürchten sie, den mühsam aufgebauten wirtschaftlichen Wohlstand und den damit

erworbenen sozialen Status wieder zu verlieren und die gesellschaftliche Leiter hinunter zu fallen.

Zusammengenommen erzeugen all diese Entwicklungen nicht nur eine «neue Unübersichtlichkeit» sondern ein Gefühl: Angst.

Diese Angst wirkt zurück auf die Wahrnehmung der Europäischen Union. War sie nicht angetreten mit dem Versprechen von «Wachstum und Wohlstand»? Anscheinend ist sie, so die Meinung, nicht (mehr) imstande, dieses Versprechen einzulösen. Durch immer neue Ansprüche und Erwartungen werden die wahren Errungenschaften der letzten 60 Jahre schnell aus den Augen verloren – eine bereits mehr als siebenzig Jahre währende Friedensperiode, ein bisher unerreichter hoher wirtschaftlicher Wohlstand, individuelle Freiheit. Darauf die Menschen hinzuweisen – und damit das Ruder herumzureissen – fällt Politikern zunehmend schwer. Kommt hinzu, dass viele Menschen ihr Vertrauen in die Politik und in ihre Vertreter verloren haben und ihnen nicht mehr zutrauen, die Komplexität der Entwicklungen zu verstehen, geschweige denn, sie beeinflussen zu können. Wer – so die Frage – versteht denn noch die Welt, und: wer erklärt sie uns?

Damit aber stehen wir an einem entscheidenden Punkt: Wird es die Stunde der «Vereinfacher», die versprechen, die Antwort auf die Komplexität der Welt zu kennen und in einfache Formeln fassen zu können – die Stunde von Populisten aller Art. Oder wird es die Stunde der langsam dämmernden Einsicht, dass – um Robert Schuman zu paraphrasieren, die Größe unserer Anstrengungen der Größe und Komplexität der Herausforderungen gerecht werden muss und dass unsere gegenwärtige Situation nichts weniger als eine grundsätzliche Umkehr unseres Denkens und Handelns, einen Mentalitätswandel erfordert. Und damit komme ich zum letzten Teil meiner Überlegungen, zur Frage nach der Bildung als Ausweg aus unseren Krisen.

«Laudato Si» – eine Bildungszyklika.

Als Papst Franziskus am 24. Mai 2015 seine lange erwartete Enzyklika «Laudato Si» veröffentlichte, wurde zunächst von der «Klimaenzyklika» bzw. der «Ökologieenzyklika» gesprochen. Die Nähe der Veröffentlichung der Enzyklika zu den Verhandlungen, die zum Klimaabkommen von Paris führen sollte, ist unübersehbar: der Papst wollte mit dieser Enzyklika bewusst einen Beitrag zu den laufenden Diskussionen und Verhandlungen leisten.

Sehr schnell wurde aber bewusst, dass diese Enzyklika sich nicht einfach in die «Öko-Ecke» stellen lässt. Zu deutlich ist der Zusammenhang, den sie zwischen der ökologischen Frage und der sozialen Frage herstellt, ohne die eine gegen die andere auszuspielen. «Laudato Si» ist damit eine Sozialenzyklika in bester katholischer Tradition seit «Rerum novarum» von Papst Leo XIII. aus dem Jahr 1891.

Genauso schnell wird auch deutlich, dass der Papst mit der Enzyklika den Versuch unternimmt, die Komplexität der Welt – das Verbundensein von allem mit allem – ernst zu nehmen, zu verstehen und zu erklären zu versuchen, ohne diese Komplexität vorschnell aufzulösen. Was ihn umtreibt ist der aktuelle «Zustand der Welt» und die Sorge um «unser gemeinsames Haus, Mutter Erde», das allen Menschen gehöre, weil es alle Menschen trage und berge.

Im klassischen Dreischritt katholischen sozialen Denkens – sehen, urteilen, handeln – beschreibt der Papst ungeschönt, was er sieht: die schonungslose Ausbeutung der Erde und ihrer Ressourcen, die soziale Ungerechtigkeit, Ausschliessung und Marginalisierung. Seinem Urteilen entspringen eine Reihe von Aussagen, die sich seither verselbständigt haben:

- ein allesbeherrschendes technokratisches Denken, das die Natur nur als Rohstoff für menschlich-technische Manipulation wahrnimmt und es seines Eigenwertes beraubt;
- Die trügerische Vorstellung, dass es auf einem in aller Hinsicht begrenzten Planeten ein unbegrenztes Wachstum geben könne – diese Vorstellung entlarvt er als «Lüge»;
- Eine Wirtschaft, die sich nicht mehr als Instrument versteht, sondern als Selbstzweck, dem Menschen und die Natur untergeordnet werden;
- Die Vorstellung, dass die Atmosphäre ein unbeschränkt verfügbarer Raum zur Deponierung von Abgasen aller Art sei. Dem stellt er die Idee der Atmosphäre und des Klimas als ein Gemeinschaftliches Gut gegenüber das allen Menschen gehöre, sowohl der derzeit lebenden wie auch allen künftigen Generationen.
- Ebenso harsch beurteilt er die Politik, die nicht mehr dem Gemeinwohl zu dienen scheine, sondern den Interessen einiger weniger.

Trotzdem bleibt Papst Franziskus nicht in seinen harten Urteilen stecken, sondern mutet den Menschen nichts weniger als eine «ökologische Konversion» zu, eine Umkehr oder sogar Bekehrung. Er traut den Menschen einen Mentalitätswandel zu und die Fähigkeit, ihren Lebensstil grundlegend zu verändern.

Technologie wird notwendig sein, um diesen Wandel zu bewerkstelligen. Gleichzeitig wird es notwendig sein, dass technologische Lösungen fundiert sind und getragen werden von einer «ökologischen Spiritualität und Mystik», vom Bewusstsein, dass wir nicht Besitzer und Herrscher der Erde und der Natur sind, sondern «Teil und Diener», Sachwalter, die über ihr Tun und Lassen Rechenschaft abzulegen haben.

Wenn Sie sich jetzt die Frage stellen, was die Enzyklika «Laudato Si» mit unserem Thema «Bildung» zu tun hätte, so wage ich meine **erste These**, dass «Laudato Si» implizit auch eine Bildungszyklika ist. Es wäre m.E. äußerst sinnvoll und interessant, die Enzyklika als einen Leitfaden für ein neues Lernen und Lehren vor dem Hintergrund eines noch einzuübenden neuen, sozial und ökologisch nachhaltigen Lebensstils zu lesen. Als Anleitung für vorurteilsfreies Beobachten dessen, was vorgeht. Als Einübung in kritisches Beurteilen. Als Ermutigung, sich durch niederschmetternde Analyseergebnisse nicht aus dem Feld schlagen zu lassen, sondern mutig und unerschrocken an der notwendigen Veränderung zu arbeiten. «Es geht schließlich darum, <das Modell globaler Entwicklung in eine andere Richtung zu lenken> und <Fortschritt neu zu definieren>: <Das Problem ist, dass wir noch nicht über die Kultur verfügen, die es braucht, um der Krise entgegenzutreten. Es ist notwendig, leaderships zu bilden, die Wege aufzeigen> ». ⁵ Das wäre eine lohnende Aufgabe nicht nur, aber vor allem von katholischen Schulen.

⁵ Veritatis gaudium 3

Die Fähigkeit zur Integration und die Notwendigkeit des Dialogs

Europas Wirklichkeit ist, das lehrt uns ein einfacher Blick, plural. Europas Kraft lag und liegt darin, sich auf Neues einzulassen und es in sich aufzunehmen, mit Bestehendem zu verbinden, ohne ihm die Eigenheit zu nehmen und es zu bewahren. Gleichzeitig bestand und besteht in Europa die Versuchung, diese Pluralität in Vereinheitlichung aufzulösen, die Versuchung des Reduktionismus, des sich auf das «allen Gemeinsame» zu beschränken.

Aufgabe der Bildung wäre es, die mit der Pluralität einhergehende Ambivalenz aushalten zu lernen und sich einer falsch verstandenen Integration in Form von «Vereindeutigung» zu widersetzen. Es wäre Aufgabe zu lernen, diese produktive Spannung von Gegensätzen auszuhalten und als Bedingung für Kreativität, ja für das Leben schlechthin zu entdecken.

Damit Integration möglich wird und Gelingen kann, bedarf es einer Einübung in eine «Kultur des Dialogs». Dieser Aufruf zum Dialog zieht sich wie ein roter Faden durch fast alle Dokumente von Papst Franziskus. Und ich zitiere ihn selbst:

«Die Kultur des Dialogs impliziert einen echten Lernprozess sowie eine Askese, die uns hilft, den Anderen als ebenbürtigen Gesprächspartner anzuerkennen, und die uns erlaubt, den Fremden, den Migranten, den Angehörigen einer anderen Kultur als Subjekt zu betrachten, dem man als anerkanntem und geschätztem Gegenüber zuhört. Es ist für uns heute dringlich, alle sozialen Handlungsträger einzubeziehen, um »eine Kultur, die den Dialog als Form der Begegnung bevorzugt,« zu fördern, indem wir »die Suche nach Einvernehmen und Übereinkünften vorantreiben, ohne sie jedoch von der Sorge um eine gerechte Gesellschaft zu trennen, die erinnerungsfähig ist und niemanden ausschließt« (Apostolisches Schreiben *Evangelii gaudium*, 239). Der Frieden wird in dem Maß dauerhaft sein, wie wir unsere Kinder mit den Werkzeugen des Dialogs ausrüsten und sie den „guten Kampf“ der Begegnung und der Verhandlung lehren. Auf diese Weise werden wir ihnen eine Kultur als Erbe überlassen können, die Strategien zu umreißen weiß, die nicht zum Tod, sondern zum Leben, nicht zur Ausschließung, sondern zur Integration führen.

These 2: Diese Kultur des Dialogs, die in alle schulischen Lehrpläne als übergreifende Achse der Fächer aufgenommen werden müsste, wird dazu verhelfen, der jungen Generation eine andere Art der Konfliktlösung einzuprägen als jene, an die wir sie jetzt gewöhnen. Heute ist es dringend nötig, „Koalitionen“ schaffen zu können, die nicht mehr nur militärisch oder wirtschaftlich, sondern kulturell, erzieherisch, philosophisch und religiös sind.»⁶

Um zu Integration und Dialog fähig zu werden, ist es auch notwendig zu wissen, woher wir kommen und wo unsere eigenen Wurzeln liegen. Die vorherrschende Kultur des «singulären Gedenkens» müsste ergänzt werden um eine profunde «historische Erinnerung».

⁶ Karlspreis, S. 19 f

Inter-Transdisziplinarität und die Notwendigkeit der Vernetzung

Der Hang zur «Vereindeutigung der Welt» geht einher mit einer zunehmenden Spezialisierung, die auf Kosten einer breiten Allgemeinbildung geht. Wir wissen heute immer mehr über ein immer kleineres Fachgebiet. Was wir dabei verlieren, ist der Blick auf das Ganze, auf die Zusammenhänge, auf die Wechselwirkungen, auf die Auswirkungen unseres Handelns - und Nichthandelns. Erschreckend deutlich wird die die Konsequenz dieses Denken und dieser Haltung in einem Buch des niederländischen Journalisten Joris Luyendijk, der nach der Finanzkrise des Jahres 2009 versucht hatte herauszufinden, was letztlich zu dieser Krise geführt hat. Die für ihn erstaunliche Erkenntnis war, dass viele der jungen Mitarbeiter in Banken und Finanzdienstleistern fachlich gut ausgebildet waren und die abenteuerlichsten Finanzprodukte erdenken und entwickeln konnten, dass ihnen aber die Einsicht in die möglichen Auswirkungen ihrer Finanzprodukte auf die Realwirtschaft oder die Gesellschaft vollkommen fehlte. Das lag, wie sie freimütig bekannnten, schlicht außerhalb ihrer Wahrnehmung. Sie lebten in einer Blase mit anderen jungen Menschen, die im gleichen oder anverwandten Bereichen tätig waren. Ihnen fehlte diese Vorstellungskraft, weil sie sich für das Bedenken der Konsequenzen ihres Handelns schlicht nicht für zuständig betrachteten und sie das in ihrer Ausbildung auch nicht gelernt hatten.

Damit wird in gewisser Weise auch die Behauptung ad absurdum geführt, dass diese Generation dank der sozialen Medien besser vernetzt sei als jede Generation vor ihnen. Wie das so eben genannte Beispiel zeigt, stellt sich die Frage, wie nachhaltig diese Vernetzung ist und «wie sehr sie trägt» und ob sie sich nicht auf eine «Vernetzung Gleichgestimmter» beschränkt.

These 3: In einer unübersichtlichen und komplexen Welt ist es notwendiger denn je, jungen Menschen zu helfen, so viel wie möglich den Überblick zu bewahren und interdisziplinär denken zu können. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie bedürfen des Wissens um und der Einübung in Tugenden und Haltungen, die jede Fachausbildung übersteigen.

Die Kraft und Fähigkeit, schöpferisch tätig zu sein

Unsere Arbeitswelt ist, wir haben es bereits festgestellt, ist im Umbruch. Für junge Menschen wird es zunehmend schwieriger, trotz einer guten Ausbildung eine geeignete Arbeit zu finden, die diesen Namen verdient: die ihnen nicht nur ein Einkommen verschafft, von dem sie, wenn möglich mit ihrer Familie, leben können, sondern die ihnen auch Erfüllung und Gestaltungsmöglichkeit bietet. Dabei gerät aus dem Blick, dass Arbeit mehr ist als nur ein «Job», sondern eine anthropologische Grundkonstante ist. Durch unsere Arbeit – in welcher Form auch immer, als Erwerbsarbeit oder als Gemeinschaftsarbeit – haben wir Teil an der Gesellschaft und tragen zu ihrem Aufbau bei. Unsere Arbeit ist Teil unserer Würde, oder, wie ein altes Wort sagt: Arbeit adelt.

In seiner Karlspreisrede stellt sich Papst Franziskus die Frage: «Wir können wir unsere Menschen an diesem Aufbau (der Gesellschaft und Europas) teilhaben lassen, wenn wir ihnen Arbeit vorenthalten? Wenn wir ihnen keine würdigen Arbeiten geben, die ihnen erlauben, sich mit Hilfe ihrer Hände, ihrer Intelligenz und ihrer Energien zu entwickeln? Wie können wir

behaupten, ihnen die Bedeutung von Protagonisten zuzugestehen, wenn die Quoten der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung von Millionen junger Europäer steigen?» (Karlspreis, S.21)

Zunehmend sind es die Argumente zukünftiger Beschäftigungsfähigkeit angesichts des globalen Wettbewerbs und die Wünsche der Wirtschaft, die Bildungsinhalte bestimmen. Bildung wird hier zur (Berufs-)Ausbildung (im Englischen wird der Unterschied deutlicher, zwischen «education» und «training»). Das schöpferisch tätig sein mit Herz, Hirn und Hand wird von der «Digitalisierung» und der «Virtualität» abgelöst. Verbunden ist das mit einem Verlust an Fachwissen und -fähigkeiten in Europa, der letztlich zu Abhängigkeiten führt.

These 4: Das Ziel von Bildung ist es, Menschen zur Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen, es ihnen zu ermöglichen, mit all ihren Talenten, ihren Fähigkeiten und ihren Energien zur Gesellschaft beizutragen. Sie muss, Herz, Hirn und Hand gleichermaßen ansprechen und befähigen. Ziel müsste es auch sein, dass Menschen lernen, ihren Erfahrungen und ihrem Können zu trauen und «Meister zu werden». Ziel von Bildung ist es, und ich zitiere hier den französisch-österreichischen Literaturwissenschaftler George Steiner, «(to) direct us to the *dignitas* of the human person, to its homecoming to its better self». Bildung muss uns hinführen zur Würde der, ja jeder menschlichen Person und dazu beitragen, dass sie bei ihrem «besseren Selbst» ankommt».

Und schließlich Europa: Der Traum von einem neuen europäischen Humanismus

Nur wenn uns das gelingt, Menschen zu ihrem besseren Selbst hinzuführen, wird es möglich sein, das zu verwirklichen, von dem sich Papst Franziskus den Ausweg aus den gegenwärtigen Krisen und eine «Gesundung Europas» erträumt: einem *neuen europäischen Humanismus*.

Weil es so ein schöner, in sich geschlossener Traum ist, möchte ich ihn zum Abschluss in seiner Gesamtheit zitieren:

«Es bedarf eines ständigen Weges der Humanisierung«, und dazu braucht es »Gedächtnis, Mut und eine gesunde menschliche Zukunftsvision«. Ich träume von einem jungen Europa, das fähig ist, noch Mutter zu sein: eine Mutter, die Leben hat, weil sie das Leben achtet und Hoffnung für das Leben bietet. Ich träume von einem Europa, das sich um das Kind kümmert, das dem Armen brüderlich beisteht und ebenso dem, der Aufnahme suchend kommt, weil er nichts mehr hat und um Hilfe bittet. Ich träume von einem Europa, das die Kranken und die alten Menschen anhört und ihnen Wertschätzung entgegenbringt, auf dass sie nicht zu unproduktiven Abfallsgegenständen herabgesetzt werden. Ich träume von einem Europa, in dem das Migrantsein kein Verbrechen ist, sondern vielmehr eine Einladung zu einem größeren Einsatz mit der Würde der ganzen menschlichen Person. Ich träume von einem Europa, wo die jungen Menschen die reine Luft der Ehrlichkeit atmen, wo sie die Schönheit der Kultur und eines einfachen Lebens lieben, die nicht von den endlosen Bedürfnissen des Konsumismus beschmutzt ist; wo das Heiraten und der Kinderwunsch eine Verantwortung wie eine große Freude sind und kein Problem darstellen, weil es an einer hinreichend stabilen Arbeit fehlt. Ich träume von einem Europa der Familien mit einer echt wirksamen Politik, die mehr in die

Gesichter als auf die Zahlen blickt und mehr auf die Geburt von Kindern als auf die Vermehrung der Güter achtet. Ich träume von einem Europa, das die Rechte des Einzelnen fördert und schützt, ohne die Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft außer Acht zu lassen. Ich träume von einem Europa, von dem man nicht sagen kann, dass sein Einsatz für die Menschenrechte an letzter Stelle seiner Visionen stand.»⁷

⁷ Karlspreis S.24f.